

Resolutionsaufruf

In der Resolution des Rates der Stadt Münster aus dem Jahr 2010 (Resolution gegen die Abschiebung von Minderheiten in den Kosovo und zur Veränderung des Bleiberechts) erkennen wir einen wichtigen Schritt, mit dem die Stadt Münster ihrem Anspruch, einen humanitären Umgang mit Geflüchteten aus dem Kosovo zu gewährleisten, nachgekommen ist.

Dennoch zeigt die Entwicklung des Kosovo seit der Beschlussfassung der Resolution, dass ein Schutz, der sich lediglich auf die Minderheiten des Kosovo bezieht zu kurz greift (siehe Berichte im Anhang).

Der Kosovo ist weder de jure noch de facto ein sicherer Herkunftsstaat (Asylverfahrensgesetz §29 bisher nicht geändert).

Er ermöglicht seinen Bürger*innen aufgrund von Korruption, mangelnder rechtsstaatlicher Strukturen, organisierter Kriminalität, der Verfolgung von Minderheiten und der äußerst prekären wirtschaftlichen Situation kein sicheres, geschweige denn menschenwürdiges Leben. Aufgrund der derzeitigen rechtlichen Situation (kein sicheres Herkunftsland) muss für alle Geflüchteten aus dem Kosovo ein rechtsstaatliches Verfahren gewährleistet sein. Für das beschleunigte Asylverfahren gibt es keine parlamentarische Beschlussfassung.

Auch haben die Ereignisse der letzten Wochen, um die in der Wartburgschule untergebrachten Geflüchteten aus dem Kosovo, gezeigt, dass die Vorgehensweise der Landesregierung und der Bezirksregierung Arnsberg nicht den Maßstäben der Stadt Münster entspricht und dabei Vereinbarungen grob missachtet wurden. Nächtliche, unangekündigte Abschiebungen sind eine psychische Form der Folter, können zu Traumatisierung und anderen psychischen Spätfolgen führen und einer demokratischen Gesellschaft nicht würdig.

Zu einer Willkommenskultur gehört auch eine Politik der offenen Arme und ein humaner Umgang mit Schutzsuchenden.

Wir fordern daher den Rat der Stadt Münster auf, durch eine erneute Resolution ein eindeutiges Zeichen zu setzen und damit weiterhin eine landesweite Vorreiterrolle in der Willkommenskultur einzunehmen:

1. Der Rat der Stadt Münster fordert die Landesregierung in NRW sowie die Bundesregierung auf, ihre Einschätzung zur Situation im Kosovo generell zu überdenken und zu einer Vermutung zurückzukehren, welche den Kosovo als unsicheres Herkunftsland ansieht. Daran schließt sich eine Änderung der Behandlung der Asylanträge von Geflüchteten aus dem Kosovo notwendigerweise an.

In diesem Zusammenhang halten wir eine Delegationsreise des Rates in den Kosovo, im Rahmen derer die im Zuge der letzten Delegationsreise gewonnen Erkenntnisse überprüft werden, für dringend notwendig.

2. Der Rat der Stadt Münster spricht sich nachdrücklich gegen die inhumane Praxis nächtlicher unangekündigter Abschiebungen aus und hält die Verwaltung dazu an, Abschiebungen im Stadtgebiet generell vorher anzukündigen und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu verhindern.

3. Der Rat der Stadt Münster strebt an, die notwendigen Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen einen über die, durch den geltenden Zuteilungsschlüssel vorgeschriebene, Anzahl hinausgehende Zahl an Geflüchteten aufzunehmen.

Dabei setzt der Rat der Stadt Münster sich dafür ein, allen Schutzsuchenden von Beginn an eine humane und menschenwürdige Unterbringung zu ermöglichen. Das schließt das Recht der Menschen auf Privatsphäre, medizinische und therapeutische Versorgung sowie soziale und kulturelle Teilhabe mit ein. Die Stadt setzt sich dafür ein das dies auch in den Landeseigenen Einrichtungen gilt.